

Zoom-Vortrag

***Vom Wachstumsfetischismus zum sozial-ökologischen
Wirtschaften und Arbeiten (mit dem Beispiel CO 2-Abgabe)***

**Ringvorlesung „Wachstum ohne Ende?“
Hochschulgruppe Plurale Ökonomik an der TU Dresden im SoSe 2021**

Prof. Dr. Rudolf Hickel
(Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik)
am 10. Juni 2021

Institut Arbeit und Wirtschaft
iauw

 **Universität Bremen***

Die Klimakrise zwingt zum Fundamentalumbau der Wirtschaft: Ende des ökologie-ignoranten Wirtschaftswachstums

Die Mega-Herausforderung: Die zerstörerische Kraft der weltweiten Klimakrise

Die Wirkungskette: Treibhausgase ➡ Erderwärmung ➡ Klimaschädigung mit Kippeffekten
➡ Umbau der Wirtschaft mit dem Ziel der Dekarbonisierung

Treibhausgase: Zusammengefasst in CO₂-Äquivalenten;

Kyotoprotokoll nennt 6 Treibhausgase: u.a. Kohlendioxid, Methan, Lachgas (N₂O), die fluorierten Treibhausgase (F-Gase)

Ursachen der Treibhausgase:

Anthropogene (durch die Art des Wirtschaftens und Lebens) gegenüber natürlichen Ursachen!

Für anthropogene Treibhauseffekte entscheidend Konzentrationen der strahlungswirksamen Spurengase. Seit Beginn der Industrialisierung beträchtlich angestiegen. Umweltkiller Nummer eins Kohlendioxid infolge der Verbrennung fossiler Energieträger / Brennstoffe.

Erderwärmung: Globale Oberflächentemperatur (gemessen 2 m über dem Erdboden, untere Luftschicht)

Seit dem Beginn der modernen Wetteraufzeichnung globale Oberflächentemperatur um 0,07 Grad Celsius pro Dekade zugenommen (insgesamt in letzten 130 Jahren +1,04 Grad). Der Erderwärmung schreitet, wenn nichts geschieht, bis über 3 Grad Celsius an.

Ökologische Kippeffekte(„tipping points“): **disruptive** Dynamik mit fehlender Zeit für **inkrementelle** Veränderung: Bestandteile des Erdsystems von überregionaler Größe bedroht.

Am Ende disruptive, irreversible Ereignisse als Folge der globalen Erwärmung.

Beispiele: Abschmelzen der Eisschilder (etwa Antarktis).

Zunehmende Dürren, Waldbrände, Taifune und Überschwemmungen als Folge der Erderwärmung sowie Vernichtung vor allem von Tierherden, Waldbeständen und Ernteerträgen.

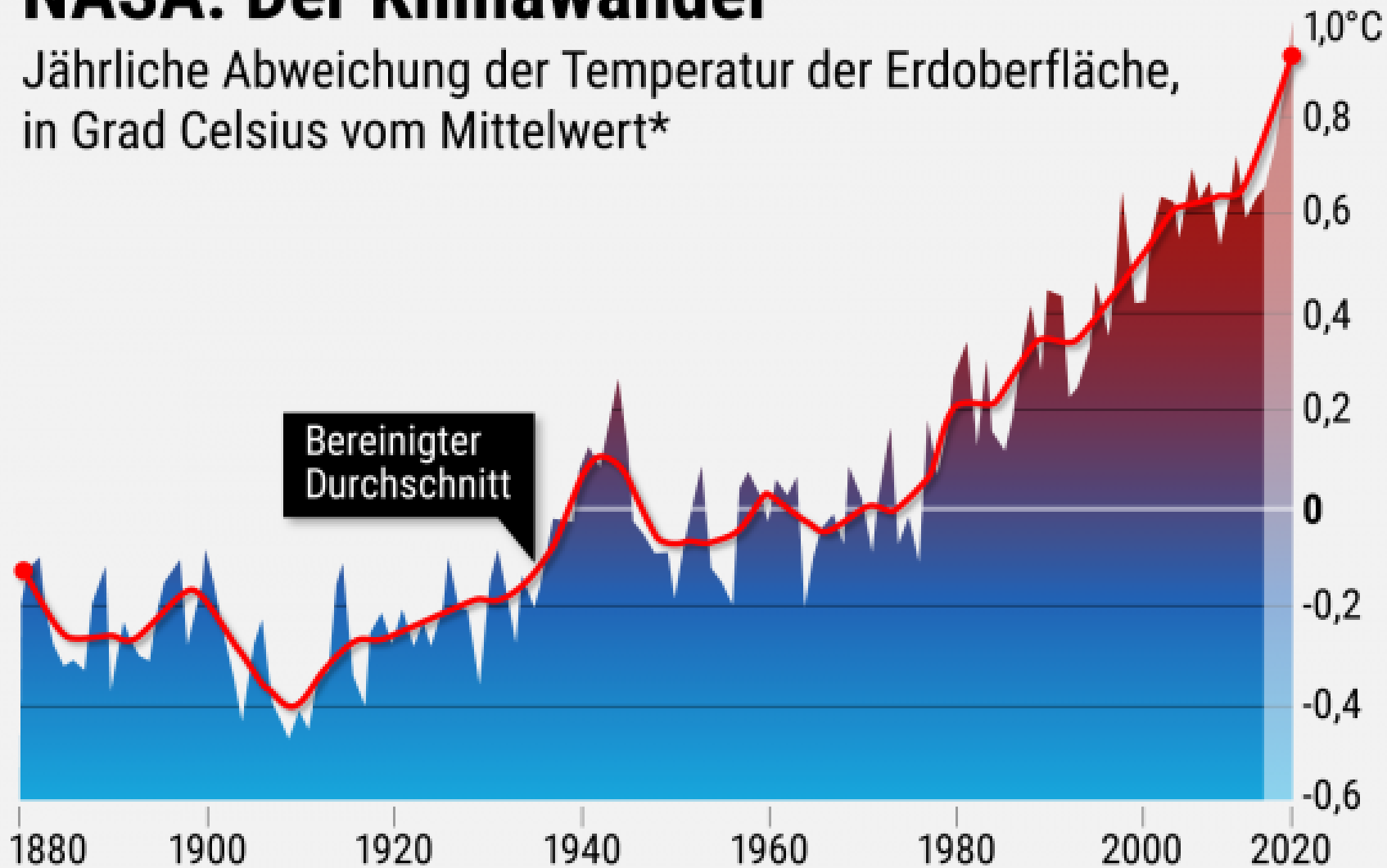
Flucht der Menschen aus den ökologischen Krisenländern (Umwelt-Flüchtlinge)

Strömungssystemen (etwa indischer Monsun) sowie Abbau von Ökosysteme (etwa Amazonas Regenwald).

Dagegen konzentrieren sich die Modelle zum Wirtschaftswachstum der Mainstream Economics (neoklassisch, postkeynesianisch) auf die Bedingungen eines stetigen Wirtschaftswachstums (Gleichgewichtsmodelle).

NASA: Der Klimawandel

Jährliche Abweichung der Temperatur der Erdoberfläche,
in Grad Celsius vom Mittelwert*



* Durchschnittswert von 1951-1980

Ziel: Erderwärmung weniger als 2 Grad (gegenüber dem Wert vor der Industrialisierung, startet ca. 1850):

- * Ende 2015 **Pariser Abkommen** : Ziel Erderwärmung unter 2 Grad, jedoch möglichst auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau reduzieren, d.h. spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts: Treibhausgase-Neutralität
- *Wirtschaftswissenschaftliche Vorarbeit zur Ableitung des klimapolitisch kritischen Wertes von 2 Grad-Ziels durch **W. D. Nordhaus** (1975, 1977 und 1979 mit dem hochkomplexen „Integrated Assessment Modell (IAM)“, 1979 ergänzt um DICE (Dynamic Integrated Climate- Economy)
Jüngste Hiobsbotschaft: Selbst 2 Grad Klimaziel nicht mehr erreichbar (eher 3 Grad)!

Höhe und Erreichen des Reduktionsziels durch die EU und damit die Mitgliedsnationen

- * **Bis 2030** auf 55% Reduktion der Treibhausgasemission gegenüber 1990 (Kompromiss EU-Staaten und EU-Parlament; zuvor 40%-Ziel)
- * **Bis 2050** soweit wie möglich Nullemission; gegen verbleibende Reste an Treibhausgasen nachhaltige Bewirtschaftung von Wald und Böden.

Deutschlands ambitioniertes Ziel der schrittweisen Reduktion der Treibhausgase (CO₂-Äquivalent)

- **Bisherige Zielfestlegung:** Das politische System hat im Prozess der oftmals umstrittenen Kompromissbildung zulasten des notwendigen Tempos die Zeitachse für das Erreichen der Klimaneutralität fixiert.
- **Intervention des Bundesverfassungsgerichts** (Urteil vom 29.4. 2021):
„Der Beschluss des Gerichts verpflichtet den Staat, aktiv vorzubeugen, so dass es in Zukunft nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheitsgrundrechte der heute jüngeren Menschen kommt“ (Bundesregierung).
Eingefordert werden die Freiheitsrechte künftiger Generationen, die heute durch eine aktive Umweltpolitik gesichert werden müssen: **Intergenerative Gerechtigkeit**

Vorlage: Novelliertes Klimaschutzgesetz (nächste Seite)

Dilemma: ***Einerseits*** intensive Konkurrenz der meisten Parteien um eine schnellere Erreichung der Klimaneutralität
Andererseits kein **Konzepte zur instrumentellen Umsetzung** der Ziele des wirtschaftlichen Umbaus!

Deutschland soll früher klimaneutral werden

- Treibhausgasemissionen
 - Bis 2030: 65 % weniger CO₂ (bislang 55 %)
 - Bis 2040: 88 % weniger CO₂
 - 2045: Klimaneutralität (bislang 2050)
- Zulässige jährliche CO₂-Emissionsmengen für einzelne Sektoren wie Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr oder Gebäudebereich werden abgesenkt.



Zwei historische Meilensteine des ökologischen Umdenkens

Seit Anfang der 1970iger Jahre entwickelt sich gegenüber der **Mainstream Economics** eine ökologische Durchdringung **Wirtschaftswissenschaft**

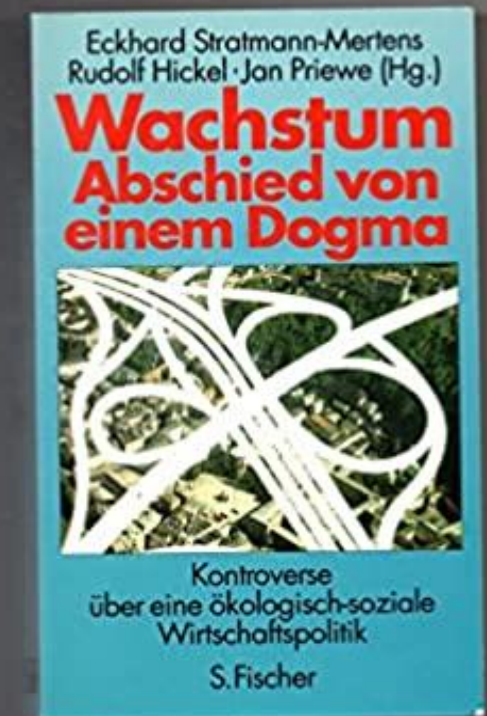
Zwei den Zeitgeist prägenden Pionierstudien zum ökologischem Umbau:

Meadows-Studie / Club of Rome 1972: „The Limits to Growth – A Global Change“; in deutsch: „Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“.

Brundtland-Kommission 1987: Unter der Leitung von Gro Harlem Brundtland 1983 eingesetzte Kommission „World Commission on Environment and Development“ legt Bericht vor: „Our Common Future“. Erstmals Leitidee „**sustainable economy**“!

Auf seine Veröffentlichung folgte 1989 die Einberufung der Konferenz der UNO über Umwelt und Entwicklung (als *Rio-Konferenz* oder *Erdgipfel* bekannt), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Auch Basis für Umsetzung durch Agenda 21. **Zwei epochale Pionierstudien zum ökologischem Umbau**

Streitschrift von 1991



Versagen der marktfundierten **Mainstream Economics**

Basistheorie: einzelwirtschaftlich getriebene, vor allem im Prozess deregulierter Märkte verfügen über ein endogenes Potenzial auch zur sozialen und ökologischen Ergebnisfindung!

Beispiel: „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“
im Jahresgutachten 1975

Im Streit um die aufkommende Forderung „qualitatives Wachstum“ gegenüber „quantitativen Wachstum wird auf das neoklassische Modell gesetzt:

„Die marktwirtschaftliche Ordnung kennt streng genommen gar kein isoliertes Wachstumsziel; sie ist darauf angelegt, dass möglichst viele einzelne möglichst viel Spielraum haben, selbständig etwas zu entscheiden, dass die arbeitsteilige Produktion von Gütern sich möglichst nach den Wünschen der einzelnen richtet, und dass die Produktion und Zuteilung der Güter möglichst effizient organisiert wird“ (Ziff. 239).

Fazit: Was der Markt auf der Basis einzelwirtschaftlicher „Freiheit“ ökologisch erzeugt, ist zu akzeptieren!

Dagegen zeigt die reale Entwicklung zur Umweltkrise t **ökologisches Marktversagen**, weil

1. Preise kurzfristig ohne Sensorium für die Langfristwirkungen ausgerichtet sind,
2. keine Rechnungslegung für die Erzeugung negativer ökologischer Folgen durch Externalisierung,
3. damit nicht auf die Vermeidung ökologischer Fehlentwicklungen im betriebswirtschaftlichen Rationalkalkül ausgerichtet sind.

Schlussfolgerung:

Märkte nicht abschaffen, sondern innerhalb eines Ordnungsrahmens ökologisch domestizieren!

Drei Streitthemen in der Auseinandersetzung mit der neoklassischen **Mainstream Economics**

Bruttozialprodukt in der Kritik

- BIP kein Welfare-Indikator: Externalisierung ökologischer Kosten, Reparatur der Umweltschäden wachstumssteigernd (Welfareparadoxie)
- Neue Konzepte der Welfarermessung (P.A. Samuelson + W. Nordhaus , Stiglitz/Senn/,Fitoussi-Kommission)
- Qualitatives versus quantitatives Wachstum
- Vorgabe von Null- bzw. Minuswachstum

Leitlinie: Keine gesamtwirtschaftliche Zielvorgabe wie ***Null- oder Minuswachstum***

Vielmehr: Ob Wachstum, das ist das ***Ergebnis des ökologisch fundierten Umbaus***

Umweltpolitik kein Jobkiller

- Seit Anfang der 1980er Jahre liegen makroökonomische Studien zu den Auswirkungen auf die Jobentwicklung durch Umweltpolitik vor. Große Mehrheit der Studien, vor allem in der jüngeren Zeit zeigen: Jobs fallen weg, aber die Zahl der neuen Jobs liegt darüber. Allerdings muss der ökologische Strukturwandel politisch begleitet werden.

Externalisierte ökologische Kosten internalisieren

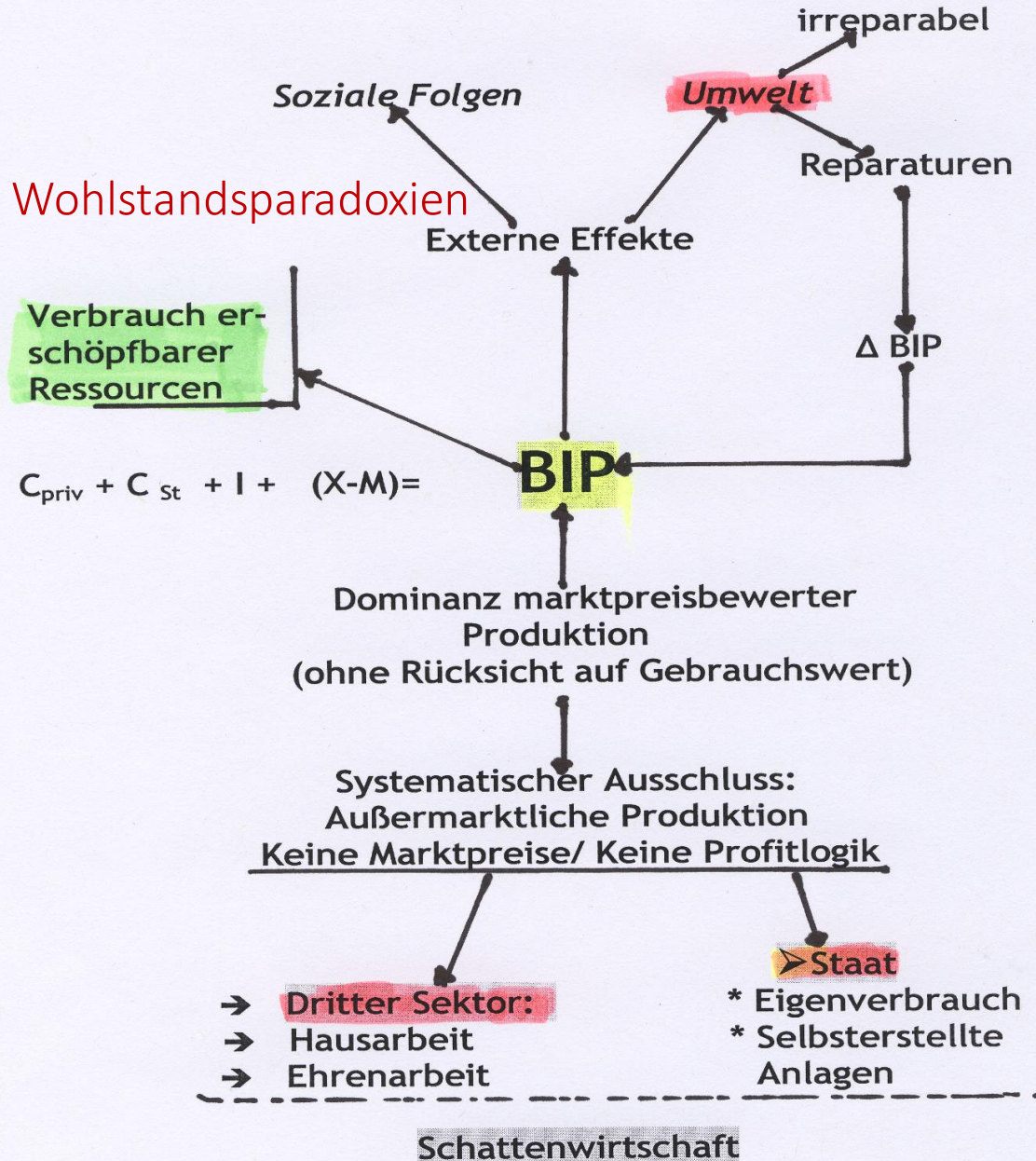
Marktversagen durch ökologisch blindes Preissystem ordnungspolitisch überwinden!

(nachfolgender Abschnitt: „**Entdeckung der Umweltkrise durch Externalisierung ökologischer Kosten und deren Vermeidung durch Internalisierung**“)

Die Entwicklung zur heutigen politisch relevanten Theorie des ökologisch fundierten Wirtschaftens ist ein Erfolg der heterodox-pluralen Ökonomik gegenüber der neoklassischen **Mainstream Economics!**

Erfassungs- und Bewertungsparadoxien

BIP: Wohlstandsparadoxien



**Über das BIP hinaus:
Studien zu einer sozial-ökologisch
ausgerichteten Welfare-Messung**

1. Net-Welfare-Konzept von P. Samuelson / W- D. Nordhaus; in: Standardlehrbuch „Economics“ seit 1970er Jahre)

2. Index of Sustainable Economic Welfare

Korrektur der BIP-Messung um folgende Faktoren:

Einkommens- und Vermögensverteilung (je ungleicher die Verteilung, desto geringer die Steigerung des Gesamtwohlstandes)

Haus- und Familienarbeit (vor allem unbezahlte „Hausfrauenarbeit“)

Gesundheitswesen (vor allem Zugang)

Bildung (vor allem Zugangschancen)

Allgemeine **Umweltverschmutzung** / insbesondere Luftverschmutzung

Verlust **natürlicher Ressourcen**

Kosten der **globalen Erwärmung**

Fazit:

Korrigiertes BIP + spezifische Öko-Gesamtrechnungen (Satelliten)

Erstes Fazit zu den ökologische Defiziten der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft

1. Die Arbeit an Modellen zum ökologischen Umbau der Wirtschaft steht **nicht** im Mittelpunkt der Forschung und Lehre.
Es dominiert weiterhin die **Illusion des kontinuierlichen Wohlstandsanstiegs** durch per Marktpreise dominierte Bruttoinlands-Steigerung.
Methodisch geht es mathematisch komplexe Modellen zu den Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstum durch die Annahme funktionierender Märkte (Allgemeine Gleichgewichtstheorie, Gleichgewichtsmodelle).
2. Die Mainstream Economics liefert keine grundlegende Erkenntnisse über die disruptive Dynamik („ökologisches Kippeffekte“)
3. Ein in eine Gesamtsystem eingebetter Instrumentenmix, die zum Erreichen der Klimaziele durch die Politik eingesetzt werden sollen, steht nicht im Mittelpunkt.

Impulse zum ökologischen Wirtschaftssystem kommen von außerhalb der Mainstream Economics und hier vor allem aus der interdisziplinären Zusammenarbeit!

Arbeit an einem Gesamtkonzept der sozial-ökologischen Transformation

- * als offener Prozess angelegt, Learning by Doing
- * Empirisch fundiert (valide empirische Studien liegen vor)
- * Interdisziplinär angelegt (Wirtschafts-, Sozial-, Rechts-, Geschichts-, Naturwissenschaft)
- * heterodoxe / plurale Ansätze der Ökonomik: Lehren aus dem Marktversagen

Ordnungspolitischer Typ:

- * **sozial-ökologische Marktwirtschaft:** ökologische Fundierung und soziale Säule Ordnung gegen Marktversagen
- * **Green Economy** unterstützt durch Finanzpolitik mit Green Deal, Green Monetary Policy (EZB), Finanzmärkte im Dienste der Dekarbonisierung

Die Antwort auf die Frage:

„**Is growth obsolete?**“ W.D. Nordhaus / J. Tobin 1973: **Postwachstum / Greengrowth / Degrowth als Alternative**

- Exogene Vorgabe von Wachstumszielen wie Null- bzw. Minuswachstum untauglich.
- Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ergebnis des ökologischen fundierten Wirtschaftens: ökologisch stark belastende Branchen schrumpfen / nachhaltige Branchen entstehen (Zement wird für den Umbau gebraucht)

Herausforderungen an eine ökologisch relevante Wirtschaftswissenschaft:

Empirisch fundierte Analysen zur sozial-ökologischen Transformation

Sozial und ökologisch, weil der durch die ökologische Zielrealisierung ausgelöste grundlegende Umbau zu sozialen Verwerfungen führt, deren Verarbeitung in ein Gesamtkonzept aufgenommen werden muss.

Cluster zur Mega-Aufgabe sozial-ökologischer Umbau

Erste Orientierung: Reduktionsziele der Bundesregierung (siehe nachfolgende Grafik)

- Energiewirtschaft: Ausstieg aus der Kohleindustrie, Ausbau erneuerbarer Energien, Blockheizkraftwerke
- Industrie: CO₂- Verpreisung, Verbote, Umstellung auf Wasserstoff (Green Steel)
- Gebäude: CO₂-Verpreisung, energetische Gebäude (Sanierung, Neubau)
- Verkehr: CO₂-Verpreisung + neue Mobilität, Elektroautomobile, Stärkung ÖPNV, Tempolimit 130 km/h: Autobahnen
- Landwirtschaft: nachhaltige Landwirtschaft, Tierwohl
- Abfall: Wiederverwendung, Vermeidung
- Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft

Hinzugefügt:

- Querschnittsprojekt Energieeinsparung+ Energieeffizienz (Faktor 4)
- Wälder + Rodung der Tropenwälder
- Verschmutzung von Seen + Flüssen
- Versiegelung von Böden
- Plastikmüll: Plastikproduktion weltweit 2017 348 Mio. Tonnen; 2016 in Deutschland 2016 5,1 Mio. Tonnen entsorgter Kunststoffmüll mit (38,6% recycelt, 60,6% verbrannt, 0,8 % deponiert), 0,2% nichtordnungsgemäß entsorgt

* Artensterben (Beispiel: Bienensterben)

Die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland sinken weiter

Emissions-Entwicklung 1990-2020



Ein erster Überblick über die Eingriffs- /Steuerungsebenen (angewendet in den Clustern)

- * Steht im Mittelpunkt: Verteuerung der Preise durch einen Aufschlag als Anreiz für ökologisch gewolltes Verhalten – Zwei Varianten:
 - **CO2-Abgabe**: Politisch vorgegebener Preisaufschlag auf Treibhausgasemissionen mit der Erwartung der ökologischen Anpassung.
 - Politische **Vorgabe der zulässigen Ausstoßmenge** (Cap)/ Preisbildung über Trade mit Umweltzertifikaten

CO2- Verpreisung ist nicht Allheilmittel:

Einbetten in den Instrumentenmix

- * **Moralische Appelle** („Moral suasion“) an die ökologische Vernunft (Mülltrennung, Strom sparen)
- * **Ge- und Verbote**: Tempolimit auf der Autobahn und den anderen Straßen;
- * Abbau von **staatlichen Subventionen**, die die Umwelt belasten (Flugbenzin)
- * Einbettung in ein **Ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm** (Aus- und Umbau der Infrastruktur)

- * **Ausstiegsszenarien**:
 - Der Ausstiegsplan aus **Atomenergie** in Deutschland wird abgewickelt.
 - Schließung der **Steinkohlezechen** (2016 verursachten diese noch 10 Prozent der deutschen Treibhausgase).
 - Ausstieg aus der **Braunkohle**, der bis 2038 abzuschließen ist.

Instrumentenschwerpunkt: Entdeckung der Umweltkrise durch Externalisierung ökologischer Kosten und deren Vermeidung durch Internalisierung

- * Einzelwirtschaftlich fundierte Märkte sind bezüglich ihrer ökologischen Wirkungen *indifferent / blind!*
- * Gewinn- und Nutzenoptimierung unter Ausschluss der erzeugten **externalisierten Effekte**: Nutzung der Umwelt als „Gratisproduktivkraft“ (K. Marx), „Umwelt zum Nulltarif“
- * Erwartbare **Rückwirkungen** durch erzeugte ökologische Schäden auf die einzelwirtschaftlichen Akteure (Umweltkosten und -regulierungen) nicht im Preisbildungsprozess berücksichtigt.
- * **Rationalitätsfalle**: einzelwirtschaftliche Rationalität gegen gesamtwirtschaftliche Rationalität
- * **Ökologische Wahrheit** im Preissystem durch politische Vorgaben herstellen
- * **Internalisierung** gegen bisherige Externalisierung

Die drei Pioniere der Internalisierung externalisierter Umweltbelastungen

Arthur Cecile Pigou (1877-1959)

Vertreter der Neoklassik, der das ökologische Marktversagen erkannte

- * Benutzte erstmals den Begriff „Quality of Life“ (Lebensqualität)
- * In seinem Werk „The Economics of Welfare“ (1920, Neuauflage des Werks „Wealth und Welfare von 1912): Die Pigousteuer als Aufschlag für die sozial-ökologischen Kosten prägt heute die Diskussion der CO₂-Steuer (nachfolgend dargelegt).

Karl William Kapp (1910 – 1976)

Erforschte die volkswirtschaftlich ökologischen Kosten der Privatwirtschaft.

Sein Hauptwerk 1950 „The Social Costs of Private Enterprise“ (deutsche Übersetzung von 1958 unter dem Titel: „Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft“)

1979 Wiederauflage des Buchs wurde zur „**Bibel**“ in der Ökologiebewegung in den 1970er Jahren

William D. Nordhaus (Nobelpreis für Ökonomie 2018)

Entwickelte das Konzept „Net Economic Welfare“ (Netto-BIP) und Begründer des 2 Grad-Ziels;

- * Umfassende empirische Forschung zum Umfang der externalisierten Umweltkosten und ihre Folgen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (Klima-Makromodelle, IAM *DICE*-Modell)
- * Um 2 Grad zu erzielen: schon nächstes Jahr CO₂-Preis bei 275 \$ je Tonne

Zwei Modelle zur Vermeidung externer Effekte durch Internalisierung über den Preisaufschlag für den Klimakiller CO₂

1. Preismodell: Ökologische Bepreisung durch Einsatz von CO₂-Zertifikaten

(Umweltverschmutzungsrechte)

Politische **Vorgabe der zulässigen Ausstoßmenge** (Cap) und Preisbildung über den Handel (Trade) mit den Zertifikaten über Börsen, Makler oder „over the counter“ (OTC).

Beispiel: **EU- Emission Trading System (EU-ETS)**

2. Preismodell: Politisch gesetzter Preisaufschlag (auf eine Tonne CO₂)

mit dem Ziel, den Besteuerungstatbestand zu reduzieren.

Kombination von 1 und 2 in Deutschland: Bis 2025 Erhöhung des CO₂-Preises in Stufen von 25€ auf 55 € und ab 2026 handelbare Zertifikate mit Preiskorridor: 55 – 65 €

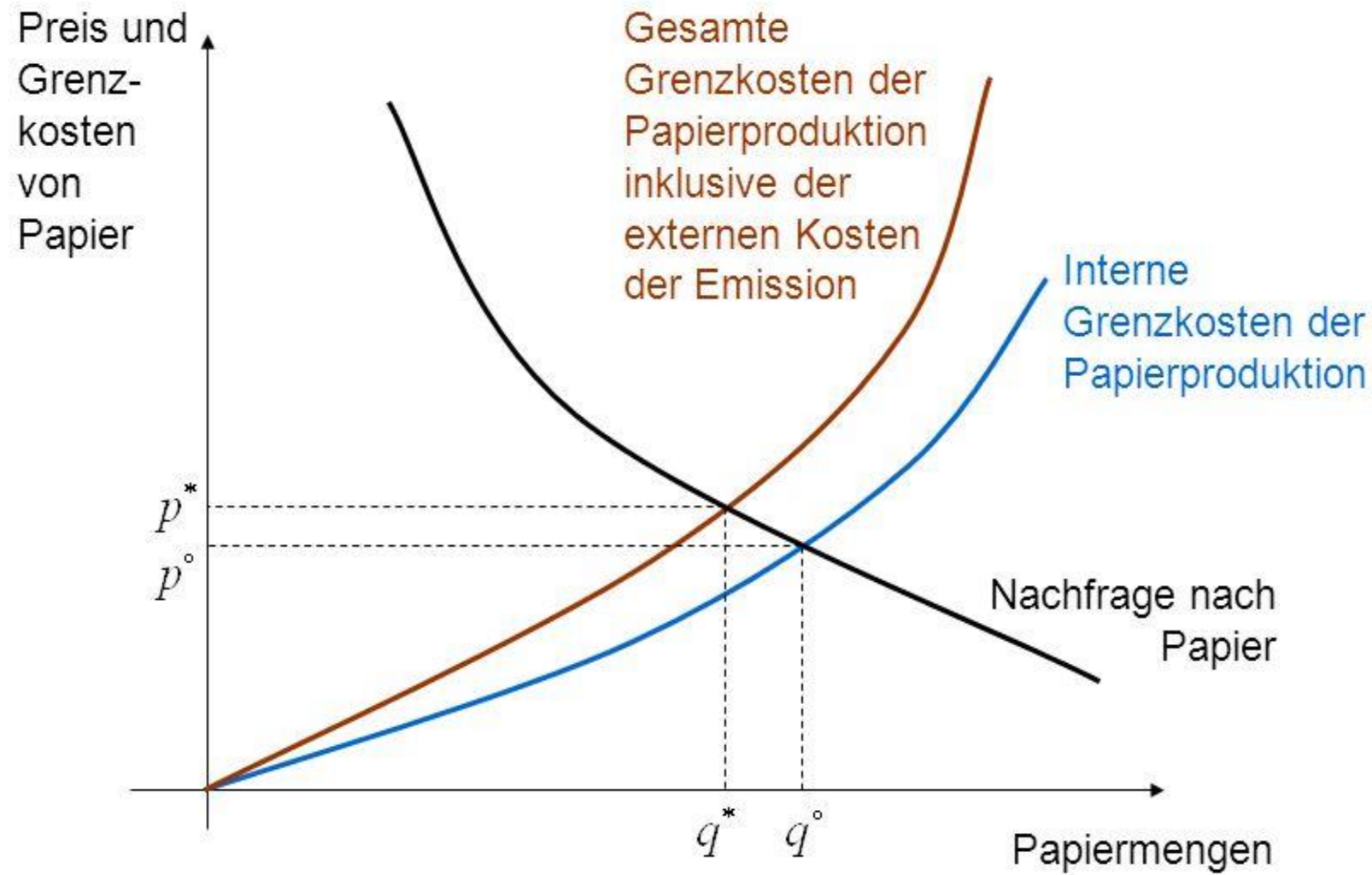
Das Modell: **Ökologische Bepreisung durch Steuer („Carbon Tax“)**

Ausgangspunkt Marktversagen:

Basis: Sich selbst überlassenes einzelwirtschaftlich basiertes Marktpreissystem kann ökologische Kosten / Belastungen nicht zielrational verarbeiten;
Damit auch rückwirkende Belastungen durch Umweltschäden im Preissystem nicht wahrnehmbar.

Antwort auf systemische Externalisierung ökologischer Kosten: Internalisierung der (verdrängten) ökologischen Kosten durch Preisaufschlag (Öko-Abgabe)
Die Hoffnung: Preiserhöhung durch Ökoabgabe verändert zielorientiert Nachfrageverhalten!

Preissystem mit ökologischer Wahrheit: Das Standard-Preis-Modell nach A. C. Pigou



MARTVERSAGEN: Marktpreis liegt unterhalb dem gesamtwirtschaftlich optimalen Preis
 Pigousteuer (t): p° minus p^* : Internalisierung externer Effekte

Eckwerte am Beispiel CO₂-Abgabe

1. Bemessungsgrundlage: CO₂-Gehalt von Produkten durch fossile Brennstoffe (Heizöl, Kohle, Flüssiggas und fossile Treibstoffe (Benzin, Diesel))

Wichtigste Treibhausgase in CO₂-Äquivalente umgerechnet (u.a. Lachgas, Methan, soweit nicht verboten Fluor)

2. Höhe des politisch fixierten Öko-Preisaufschlages: Drei Ableitungszusammenhänge

* **Internalisierung der Kosten** für Umweltschäden durch Externalisierung:

- W.D. Nordhaus: Internalisierung Umweltkosten mit dem Preis 196 \$ je CO₂/t
- Bundesumweltamt 2016: Ökologische Gesamtkosten der Treibhausgase 164 Mrd. € in Deutschland; 164 Mrd. € CO₂/t; 2030: 205 € / 2050: 240 €

* **Aufschlagshöhe** mit dem Ziel, etwa das 2°-Grad Ziel zu erreichen

- Stiglitz/Stern-Kommission: 2°-Ziel: in 2020: 40-80 \$ pro Tonne CO₂; auf 50-100 bis 2030

Bericht des hochrangigen Ausschusses für Kohlenstoffpreise am 29. 5. 2017 unter dem gemeinsamen Vorsitz von Joseph Stiglitz und Nicholas Stern über die Entwicklung von Klimapolitiken und Instrumenten zur Kohlenstoffpreisgestaltung in der EU

- Studie Potsdamer Institut für Klimafolgen (PIK) + MCC: Deutschland hält Klimaziele nur ein mit Einstiegspreis von 50 € ab 2020 (statt 10 € Bundesregierung, BR, ab 2021) und bis 2025 auf 80 € (nicht nur 35 € wie BR)

* **Lenkungsfunktion:** Höherer Preis führt zu Reduktion und Verzicht auch durch Substitution
Abhängig von der Preiselastizität / inferiore Güter / Lebens-, Arbeits- Einkommensverhältnissen²²

3. **Finanzierungsfunktion:** Verwendung der Finanzmittel

Niedriger Ökopreisaufschlag ... Öko-Effekt schwach: bleibt ergiebige Bemessungsgrundlage
hohe Finanzeinnahmen (A. B. Laffer-Kurve)

Für Bepreisung der Umweltschäden wichtig: Verwendungszweck

(Erinnerung an „Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform: Einnahmen zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge nach dem Motto „Rasen für die Rente“)

Aktuelle Verwendungsvorschläge zur Nutzung der „ökologischen Dividende“ :

* Kompensation regressiver Belastungswirkung der Ökosteuer durch **Klimabonus**; etwa einheitlicher Betrag pro Kopf (Vorteil für untere Einkommensbezieher)

* **Öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm**

- Ökologische Infrastrukturinvestitionen
- Ausbau des öffentlichen Sektors
- Förderprogramme; Beispiel: Stahlfonds für Transformation zu „Green Steel“

4. **Innovationsfunktion** der Ökosteuer: Anreiz bei den Unternehmen zum ökologischen Investment

5. Stabilisierung der **Finanzmärkte**: gegen Carbon Bubble / Wertverluste von CO₂-lastigen Unternehmen „stranded assets“ **Dagegen**: nachhaltige Investitionen / Green Assets (Bonds und Aktien)

Systemische Risiken der CO2-Abgabe

Unterstellte Verhaltenslogik:

Preis des CO2-erzeugenden Produkts wird verteuert → Nachfrage und damit Produktion werden reduziert → CO2- Belastung geht zurück!

Erfüllung der Zielvorgabe:

- * Abhängig vom ökologisch erwarteten Verhalten und das ist höchst unsicher!
- * Anpassungszeit erforderlich, die wegen des Ausmaßes der Umweltkatastrophe nicht gegeben ist

Beispiel für Verbot statt Lenkungsabgabe

Grenzen der CO2- Abgabe

Ökosteuer: Anreiz bei den Unternehmen zum ökologischen Investment

5. Stabilisierung der **Finanzmärkte**: gegen Carbon Bubble / Wertverluste von CO2-lastigen Unternehmen
„stranded assets“ **Dagegen**: nachhaltige Investitionen / Green Assets (Bonds und Aktien)

Erkenntnisse aus dem internationalen Vergleich

1. Weltbank

2019 werden rund 20% der Emissionen durch 57 Preissysteme abgedeckt. Allerdings sind viele Bepreisungssysteme mit ihrem Beitrag zur Dekarbonisierung viel zu moderat.

2. Preise

- * Kompromiss zwischen ökologischen Lenkungswirkungen zugunsten der Machbarkeit: unzureichender Anreiz zur Dekarbonisierung; allerdings fiskalisch ergiebig
- * Pfade der geplanten Preissteigerung vorgegeben: schafft Planungssicherheit für Unternehmen

Ökopreis-Aufschläge im internationalen Vergleich

- Schweden sektorübergreifend von 24 € in 1991 auf heute 114 € t/CO₂
- Kanada (Federal Carbon Tax): bis 2022 20 \$/t CO₂ , dann Anstieg auf 50 \$
- Schweiz: „Lenkungsabgabe“ - Anstieg von derzeit 96 SFR auf 120 SFR/t CO₂
- **Australien** und **Frankreich** Erhöhung der Ökoabgabe gescheitert („Gelbwestenbewegung“ „*Mouvement des Gilets jaunes*“, gegen geplante höhere Besteuerung fossiler Kraftstoffe insbesondere Diesel)

- ## 3. Verwendung der Ökoeinnahmen:
- sehr unterschiedlich in den Ländern (in der Schweiz. 1/3 Maßnahmen der Gebäudesanierung; 2/3 Pro Kopf-Rückgabe über die Krankenkasse

Aktuelle Studie: Umweltkosten und Umbau des deutschen Steuersystems

erstellt von 25 Klima- und Wirtschaftsforschungsinstituten Einsatz für das [ENERGIEWENDEPROJEKT ARIADNA](#)

1. Was die Umwelt kostet?

Externe Kosten fallen in den Bereichen Klimawandel, Luftverschmutzung, Nährstoffeintrag und Gewässerverschmutzung, Infrastrukturnutzung, ungesunde Ernährung, Pestizide- oder Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft an. Dazu kommen u.a. Verbrauch natürlicher Ressourcen Überdüngung / Straßenlärm / Abfall (Plastik)/ schlechte Luft, Flächenverbrauch:

Gesamte Umweltkosten in Deutschland p.a. 455 bis 671 Mrd. €; das sind 13% bis 19% vom Bruttoinlandsprodukt (2019; Bandbreite wegen Unwägbarkeiten)

2. Gegensteuern mit Lenkungsabgaben

Beispiele: Steuer auf Antibiotika / City Maut / Maut auf alle Fahrzeuge für Kosten der Nutzung der Infrastruktur, für Flächenverbrauch, Staus, Folgekosten von Unfällen, aber auch Kompensation von Benzinsteuern durch Rückgang der PKWs mit Verbrennungsmotoren; Stickstoffabgabe; CO₂-Abgabe

Geschätzte staatliche Einnahmen: 348 bis 564 Mrd. € (44 bis 71% des Steuersystems) aus Lenkungsabgaben.

3. Umbau des Steuersystems

Soziale Rückverteilung unter anderem durch Steuersenkungen an anderer Stelle, Abbau ökologisch schädlicher Subventionen + direkte Erstattungen oder gezielte Transfers für besonders bedürftige Haushalte;

4. Steuer pro Tonne CO₂: bis zu 150 €

Umweltkosten durch CO₂ kalkuliert auf der Basis bisheriger Temperaturschwankungen 80 – 150 €/t.

Auf Grund methodischer Erfassungsprobleme nicht enthalten: Klimaschäden durch Meeresspiegelanstieg, Extremereignisse, Verlust von Biodiversität oder Gesundheits- und Mortalitätsfolgen.

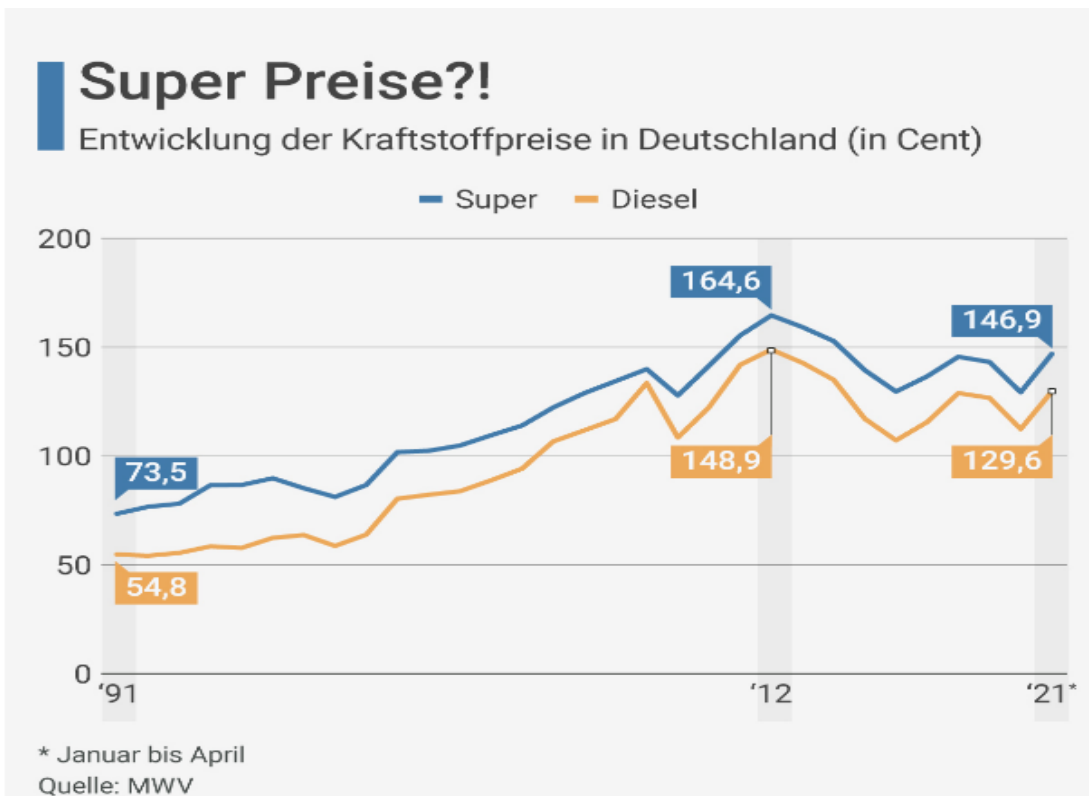
Zielkonforme CO2-Abgabe verlangt die Lösung der neuen SOZIALEN FRAGE

- Preisaufschläge für die CO2-Belastung werden je nach Marktbedingungen auf den Endverbrauch überwälzt.
- Die vorherrschende soziale Ungleichverteilung wird zu Lasten der Einkommensschwachen erhöht.
- Gegenmaßnahmen zum sozialen Ausgleich durch Rückgabe eines Teils der Ökoeinnahmen werden nur angedeutet.

Aktuelle Vorschläge zur Rückgabe an die Bevölkerung

(auch wegen Drucks durch Proteste: **Gelbwesten-Bewegung; Mouvement des Gilets jaunes**)

- * Beschlossenes „**Novelliertes Klimaschutzprogramm 2030**“: Einnahmen aus der CO2-Bepreisung an die Bürgerinnen und Bürger in Form von Entlastungen an anderer Stelle und Fördermaßnahmen zurückgeben (etwa: Erhöhung der Pendlerpauschale ab 21 km auf 35 Cent pro km; Senkung von Stromkosten)
- * **Vorschlag der GRÜNEN (Baerbock / Habeck)** Erhöhung der Kraftstoffpreise 2023 gegenüber der aktuellen Beschlusslage auf 60 Cent /T CO₂; das sind + 16 Cent /l Benzin
Rückgabe der Einnahmen durch *Senkung* der EEG-Umlage + Energiegeld an private Haushalte
- * **Streit in der Bundesregierung**: Aufteilung der Heizkosten zwischen Vermieter (entscheidet über Heizungsanlage) und Mieter (entscheidet über Nutzung der Heizung).



Zur Erinnerung:

im Spitzenjahr 2012 lagen die Spritpreise deutlich über dem heutigen Niveau (+17,7 Cent bzw. 17,3 Cent).

Ziel der stufenweisen Erhöhung der CO₂- Abgabe im Verkehrssektor:

CO₂ Emissionen gegenüber 150 Mio. Tonnen 2020 bis 20230 auf 85 Mio. Tonnen reduzieren

Aktuelle Beschlusslage (in den Sektoren Verkehr und Gebäude)

25 € pro Tonne CO₂: + 7 Cent pro Liter Benzin / +8 Cent pro Liter Diesel / + 8 Cent pro Liter Heizöl / + 0,5 Cent pro kWh Gas

Stufenweise Weiterentwicklung (beschlossen): 2022 auf 30 € ... 2023 auf 35 € ... 2024 auf 45€ ... Ziel 2025 auf 55 € ... ab 2026 handelbare Zertifikate in einem Preiskorridor zwischen 55 und 65 Euro!

Vorschlag der GRÜNEN (Baerbock / Habeck)

1. Vorziehen Erhöhung 2023: auf 60 Cent /T CO₂; das sind + 16 Cent /l Benzin: **zwei Jahre früher als beschlossen!**
2. Einnahmen zur *Senkung* der EEG-Umlage + Energiegeld an private Haushalte

Fridays for Future: kursierende Zielgröße 120 Cent

Sozialverträgliche CO₂-Bepreisung: Das DIW-Modell

- 1. CO₂-Bepreisung:** Zertifikatehandel für Energieproduktion und Industrieanlagen + CO₂-Abgabe für Gebäude- und Verkehrssektor (Heiz- und Kraftstoffe)
- 2. CO₂-Preis:**
 - * Start **2020** mit einheitlichem Steuersatz von 35 € je t CO₂ der auf 180 je t CO₂
 - * steigt bis 2030 linear

 - * 2023: Kompensation innerhalb der Energiebesteuerung:
Steuersatz erhöht auf 80 € je t CO₂ abzüglich der Senkung der Stromsteuer und EEG-Umlage (insgesamt um 0,0605 € pro Kilowattstunde; ohne MwSt.)
- 3. Aufkommen aus CO₂-Steuersatz mit 35 € je Tonne:** Steuermehraufkommen 11 Mrd. € im Jahr + Mehreinnahmen um 1 Mrd. € aus der Mehrwertsteuer
Bei Steuersatz von 80 € je t CO₂ im Jahr 2023 steigt Steueraufkommen auf gut 25 Mrd. €
- 4. Klimabonus:** Rückgabe eines Teils des Aufkommens von 6,6 Mrd. € an die Bevölkerung mit 80 € je Einwohner. Insgesamt für die privaten Haushalte belastungsneutral:
Belastungen = Entlastungen
Beim einheitlichen Steuersatz von 80 € im Jahr 2023 steigen Steuereinnahmen auf 25 Mrd. €.
Zurück an die privaten Haushalte: **Klimabonus + Reduktion des Strompreises** (- 0,0605 € je kWh)

Modell mit vielen Annahmen über Wirkungen (Reaktionen) schätzt:

* **Aufkommenswirkungen:** 2023 bei 80 € Steuereinnahmen von 25 Mrd. € im Jahr

* **Verteilungswirkung**

* **Lenkungswirkungen über die Preiselastizitäten:**

* CO₂-Preis von 35 € je t CO₂ : 2020 Einsparungen beim Endenergieverbrauch von 78 PJ;
dadurch sinkt CO₂-Emission um ca. 5 Mio. t (1,6%)

80 € je t CO₂ + Senkung der Stromsteuer und EEG-Umlage von insgesamt 0,0605 € je kWh
(ohne MwSt.): Einsparung im Endenergieverbrauch von ca. 170 bis maximal 593 PJ;

Verringerung CO₂- Emission zwischen 10 Mio. bis 34 Mio. Tonnen.

Klar ist: Diese CO₂-Besteuerung reicht nicht aus, die sektoralen Klimaziele des Klimaschutzplans von 2050 zu erreichen (Sektoren: Verkehr, Gebäudesektor)

Flankierende Maßnahmen im Verkehrs- und Gebäudesektor erforderlich!

Hinweise zu den Verteilungswirkungen: Begründung des Klimabonus

1. **Generell:** Energiesteuern wirken über Einkommensverteilung regressiv: arme Haushalte in Relation zu Nettoeinkommen stärker als reiche Haushalte belastet
2. **Unterschiede** bei der Regressionswirkung durch die CO2-Steuer gegenüber dem Durchschnitt (1)
 - + Bei Heizstoffen schlägt regressive Belastung stärker durch
 - + Deutlich weniger regressiv bei Kraftstoffen und vor allem beim Diesel:
Haushalte mit höherem Einkommen stärker betroffen
 - + Achtung: relativ stärkere Belastung bei **Pendlern** mit langen Arbeitswegen
 - + ländliche Bevölkerung keine stark abweichenden Ergebnisse
3. **Klimabonus** überkompensiert die regressiven Wirkungen
 - + Wenn Existenz gefährdender Ausgleich über Grundsicherung erfolgt
 - + Pendler: kurzfristig Entfernungspauschalen erhöhen; mittelfristig klimafreundliche Mobilität

Fazit:

- * Verteilungswirkungen der Reform sind „progressiv“, Abschwächung ungleicher Einkommensverteilung: Haushalte mit geringem Einkommen zumeist leicht entlastet / bei höherem Einkommen leicht belastet
- * Starke Belastung größerer Gruppen vermeiden (Pendler, im Grundsicherungsbereich)

Merkposten: Pendlerpauschale

Ausgangspunkt: Räumliche Trennung zwischen Arbeitsplatz und Wohnort seit Jahrzehnten ausgedehnt (Zersiedelung der Landschaft)

Fristigkeitsdilemma

Einerseits:

- * klimaverträgliche Mobilität (ÖPNV-Ausbau in ländlichen Räumen)
- * Durch Wohnbaupolitik gegen Zersiedelung (zurück aus der Region in die Städte / Großstädte)

Andererseits:

Aus- und Aufbau von Mobilitätsreserven braucht viel Zeit: CO₂- Besteuerung muss schnell kommen

Lösung:

Zeitdifferenz zwischen zügiger Einführung der CO₂- Steuer und langwierigem Aus- und Aufbau von Mobilitätsalternativen sowie neue Siedlungskonzepte nur zu schließen mit einer **sozial-verträglichen Pendlerpauschale.**

Entfernungspauschale wird durch Mobilitätsgeld abgelöst.

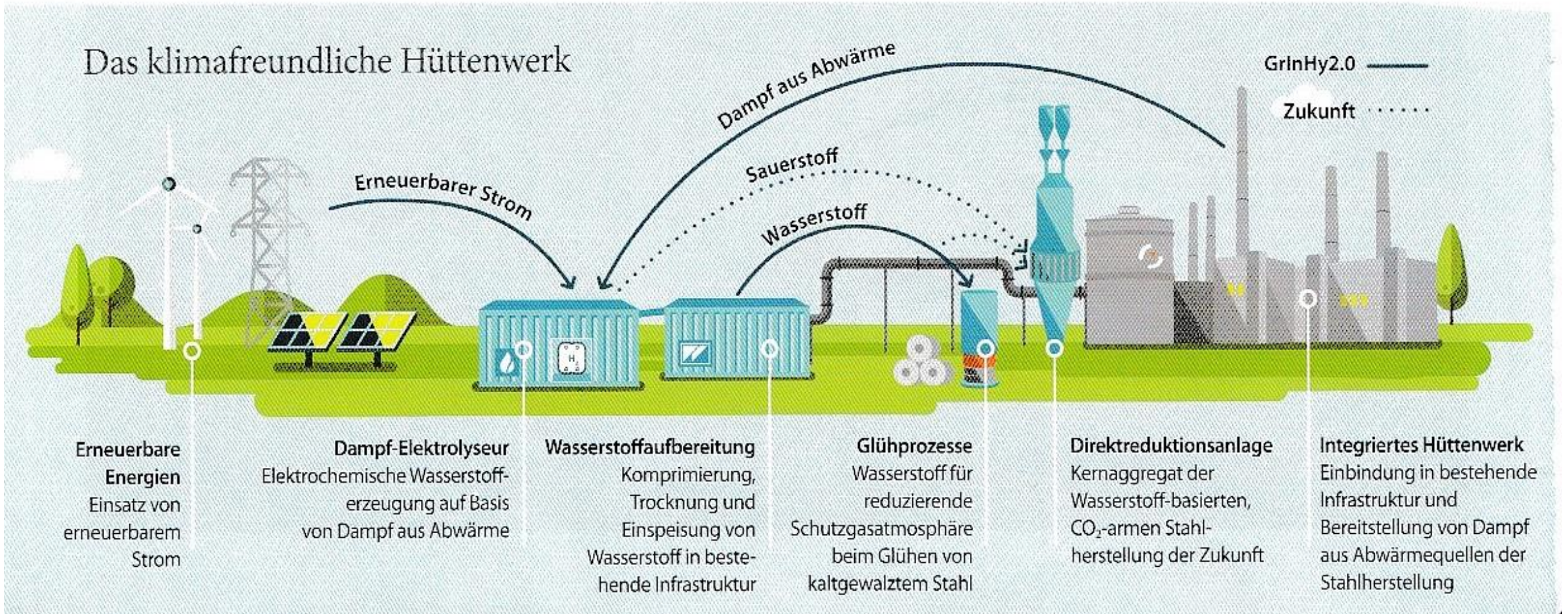
Alle sollen unabhängig von Einkommen und Verkehrsmittel den gleichen Betrag von 13 Cent pro Entfernungskilometer erhalten. Das würde Gering- und Normalverdienern deutlich mehr Geld bringen. Nur bei sehr hohen Einkommen gäbe es etwas weniger.

Gesamtstrategie zur sozial-ökologischen Transformation:

C02-Abgaben nur ein allerdings wichtiges Instrument: Eingebettet in Bündel von Aktivitäten zum ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft

- * **Ordnungspolitik:** Ge- und Verbote; Beispiele: Tempolimit + Kraftstoffsteuer / komplettes FCKW-Halon-Verbot
- * **Stärkung ökologischen Verhaltens:** „moral suasion“ (moralische Appelle); produktbezogene Öko-Infos
- * **Energieeinsparen und Energieeffizienz** (Ressourcenproduktivität; „Faktor vier“: Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch (Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory Lovins und Hunter Lovins)
- * **Staatliche Aufgabenschwerpunkte** im Kampf gegen den Klimawandel:
 - Ausbau und **Effizienzsteigerung** der öffentlichen Kontrolle
 - Unterstützung von **Grundlageninnovationen** (Prozess / Produkte) / Forschungsinstitute
 - **Zukunftsinvestitionsprogramm** (Beispiel ZIP 1978: Wachstumsstärkung durch ökologische Projekte)
- * **Sozialer Ausgleich** für ökologisch bedingten Preisanstieg
- * **Staatsfonds** für Sektorenprogramme: Beispiel Stahlfonds zur Dekarbonisierung („green steel“ am Beispiel SALCOS, Salzgitter AG)
- * **Internationale Wettbewerbspolitik** (ökologische Grenzausgleichsabgabe gegen Dumpingpreise)
- * **Finanzmärkte** (Absturz durch Dekarbonisierungsschock) sichern; **Geldpolitik** ökologisch ausrichten

Beispiel eines industriellen Mega-Transformationsprojekt Green Steel-Produktion: Dekarbonisierung durch Wasserstoffeinsatz*



* Beispiel: Projekt SALCOS („Salzgitter Low CO₂ Steelmaking“)

MEMORANDUM

2021

Corona – Lernen aus der Krise!
Alternativen zur Wirtschaftspolitik

WERBUNG IN EIGENER SACHE:

*Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
(Beiträge zur heterodoxen/pluralen Ökonomik)*

- * 1975 gegründet
- * in diesem Jahr 45tes Jahresgutachten

Seit Jahrzehnten **Treiber einer ökologischen
Transformation des Wirtschaftens**
mit Analysen zu

- Umweltkosten
- Lenkungsabgaben
- Ausstiegsszenarien AKW / Kohle
- Soziale Chancen für Umweltpolitik
- Grüne Finanzpolitik (Infrastrukturprogramme finanzieren)
- Grüne Geldpolitik
- Studien zum Energie- und Verkehrsumbau

Danke für Ihre Aufmerksamkeit